Beschluss

42. Vollversammlung

am: 01.12.2018



zu TOP

06

<u>Thema:</u> **Die digitale Lebenswelt junger Menschen – Chancen** und Herausforderungen

Beschluss:

- 1. Die Positionsbestimmung wird beschlossen.
- 2. Der Vorstand wird beauftragt, hierzu kontinuierliche Gespräche mit der Landesregierung und den Fraktionen des Thüringer Landtages zu führen.

Abstimmung:

Ja: 55 Nein:

0

Enthaltung: 1

Die digitale Lebenswelt junger Menschen – Chancen und Herausforderungen

Die Lebenswelten nicht nur, aber insbesondere von jungen Menschen sind heute selbstverständlich 'digital'. Es gibt keine scharfe Trennung zwischen "echt" und "virtuell", zwischen "online" und "offline": Das Netz und Digitalität sind inzwischen wichtige Aspekte der Wirklichkeit geworden. Die Digitalisierung verändert vieles und wirkt revolutionär durch die Beschleunigung von Kommunikation und Information. Sie verändert soziale, politische und ökonomische Rahmenbedingungen dadurch, dass Kopieren, Vervielfältigen und Teilen von Inhalten einfach möglich sind. Die ethischen und sozialen Maßstäbe, die ein gutes Zusammenleben ermöglichen, bleiben aber bestehen und müssen auch im Digitalen Richtschnur für politische Entscheidungen sein.

Insbesondere für den Bildungsbereich hat die Digitalisierung eine enorme Bedeutung. Sie ist Chance und Herausforderung zugleich:

Chance, weil sie dazu beitragen kann, formale Bildungsprozesse – das Lehren und Lernen – so
 zu verändern, dass Talente und Potentiale individuell gefördert werden.

Herausforderung, weil sowohl die bisher praktizierten Lehr- und Lernformen sowie die Struktur von Lernumgebungen überdacht und neugestaltet als auch die Bildungsziele kritisch überprüft und erweitert werden müssen. Herausforderung aber auch, weil dafür infrastrukturelle, rechtliche und personelle Rahmenbedingungen zu schaffen sind.

Diese differenzierte Sichtweise ist auch der Ansatzpunkt des Landesjugendring Thüringen e.V. (LJRT). Wir wollen die Digitalisierung mitgestalten, als prägenden Bestandteil in der Lebenswelt junger Menschen anerkennen und bei unseren Positionierungen überall mit bedenken.

Im Spannungsfeld zwischen Freiheit, Schutz- und Regelungsbedarf ist unser Ausgangspunkt auch in der Digitalität ein Menschenbild, das von der unveräußerlichen Würde und Freiheitsbegabung jedes Menschen ausgeht. (Junge) Menschen sind nicht Objekte eines alternativlosen Fortschritts, sondern gestalten die Zukunft eigenverantwortlich und selbstbestimmt mit. Dazu braucht es auch Rahmenbedingungen, die Mitbestimmung, Teilhabe und Verantwortung ermöglichen. Folgende Grundrechte bringen dies beispielsweise zum Ausdruck: informationelle Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit, der Schutz der Privatsphäre und des Einzelnen dagegen, auf ihre*seine Daten und deren ökonomische Nützlichkeit reduziert zu werden.

Für den schulischen Bereich gilt, dass das Lehren und Lernen in der digitalen Welt dem Primat des Pädagogischen – also dem Bildungs- und Erziehungsauftrag – folgen muss. Das heißt, dass die Berücksichtigung des digitalen Wandels dem Ziel dient, die aktuellen bildungspolitischen Leitlinien zu ergänzen und durch Veränderungen bei der inhaltlichen und formalen Gestaltung von Lernprozessen die Stärkung der Selbstständigkeit zu fördern und individuelle Potenziale innerhalb einer inklusiven Bildung auch durch Nutzung digitaler Lernumgebungen besser zur Entfaltung bringen zu können.

Die digitale Welt birgt große Möglichkeiten der sozialen Kommunikation, Vernetzung und gegenseitigen Hilfe, die auch eine große Verantwortung für den Umgang untereinander und in der Gesellschaft mit sich bringen. Insbesondere junge Menschen haben einen Anspruch auf Schutz des Individuums etwa gegen Hate Speech und Cyber Mobbing. Die Würde und Freiheit des Menschen sind auch – und insbesondere – in der digitalen Sphäre zu achten. Somit sind diejenigen Regelungen und Institutionen vorzuziehen, die Menschen Eigenverantwortung und Selbstwirksamkeit ermöglichen. Je mehr Menschen an und in einem Netzwerk beteiligt sind, desto nützlicher ist es. Das begünstigt aber auch Monopole und zentralisierte Systeme. Daher muss ein ordnungspolitischer Rahmen garantiert sein, der solche Monopole reguliert und dezentrale Systeme, Transparenz, Offenheit, freies Wissen und die Möglichkeit, Daten frei und ungehindert auszutauschen und von einem Dienst zum anderen mitzunehmen, sichert und stärkt. Algorithmen und autonome Systeme müssen eine dienende Funktion haben. Durch Transparenz, Interventionsmöglichkeiten und menschliche Letztverantwortung muss ihre Kontrolle möglich sein. Ebenso muss aber auch der Datenschutz eingehalten werden. Das Ziel der Transparenz darf nicht zu einem "gläsernen Menschen" führen. Jede*r muss selbst entscheiden, welche personenbezogenen Daten sie oder er im Netz zur Verfügung stellt.

58 59

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

Grundsätze des LJRT im Zusammenhang mit der Digitalisierung

606162

63

Als Interessenvertretung junger Menschen sieht sich der LJRT besonders in der Verantwortung, in die digitalpolitische Debatte die Sichtweisen und Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen einzubringen.

646566

Als entscheidende Aspekte diesbezüglich bewerten wir: die Lebenswirklichkeit von jungen Menschen ernst zu nehmen, ihre Teilhabe zu ermöglichen und sie in ihrer digitalen Mündigkeit zu unterstützen.

68 69 70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

67

Lebensweltbezug

Wir nehmen wahr, dass junge Menschen digitale Praktiken und Techniken in ihrem Alltag nutzen und schätzen die Kompetenzen und Werkzeuge, die sie sich dabei erlernen und erarbeiten. Regelungen und politische Rahmenbedingungen müssen sich daran orientieren, dass sie lebbar und praktikabel sind, Sicherheit bieten als auch Freiräume eröffnen. Das bedeutet, dass digital- und netzpolitische Fragestellungen nicht nur anhand von abstrakten Prinzipien und mit pauschalen Verboten zu bearbeiten, sondern bei der politischen Gestaltung die Lebenswelt der von der Regelung Betroffenen in den Blick zu nehmen, zu verstehen und ihre Bedürfnisse und ihr Nutzungsverhalten zu berücksichtigen. Das heißt, dass auch der Bereich der sogenannten Eigenständigen Jugendpolitik auf den Bereich der Netz- und Digitalpolitik auszudehnen ist.

80 81

<u>Teilhabegerechtigkeit</u>

Wir setzen uns dafür ein, dass alle jungen Menschen gleichermaßen an der Gesellschaft teilhaben können. Zu einer verantwortlichen Gestaltung des Digitalen gehört, umfassend darauf zu achten, dass neue Möglichkeiten nicht nur den technisch Versierten offenstehen und nicht neue Ausschlüsse geschaffen werden.

Teilhabegerechtigkeit hat viele Dimensionen und geht über den bloßen Zugang zum Netz hinaus: Es gibt technische und materielle, soziale, rechtliche und politische Zugangsvoraussetzungen oder Zugangsbarrieren. Auf jeder dieser Ebenen gilt es, zu betrachten, was die Anliegen von jungen Menschen sind. Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, wie sie einen Rahmen sicherstellen, der Teilhabegerechtigkeit in diesen verschiedenen Dimensionen ermöglicht.

Digitale Mündigkeit

Wir unterstützen, fördern und befähigen junge Menschen darin, sich in unserer Gesellschaft einzubringen. Dabei gehen wir von mündigen jungen Menschen und ihren individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten aus. Wir nehmen diese ernst und bestärken sie in ihrer Entwicklung zu selbstständigen, kritischen und gemeinschaftsfähigen Individuen. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die jungen Menschen unterstützen, sich mit Medien und Informationen kritisch auseinander zu setzen, Medien frei und kreativ zu gestalten, selbstbestimmt und eigenverantwortlich mit Inhalten umzugehen und sich reflektiert und sicher im digitalen Raum zu bewegen.

Forderungen des LJRT im Zusammenhang mit der Digitalisierung

1. Bildung, Medien- und Informationskompetenz

Sowohl auf einer kulturellen als auch einer individuellen Ebene bestimmen Medien über Ansichten, Weltanschauungen und Zusammenhänge mit. Digitale Mündigkeit benötigt Medienkompetenz als Zugang zur Welt. Das heißt, dass junge Menschen befähigt sind, sich sicher in Medien zu bewegen. Konkret bedeutet das, dass junge Menschen ebenso wie Lehrer*innen, Erzieher*innen und Fachkräfte der Jugendarbeit lernen müssen, welche Chancen und Risiken in digitalen Medien stecken, wie diese zu beurteilen, zu bearbeiten, bewusst zu nutzen und zu gestalten sind. Dabei ist die kritische Reflexion von Medien, deren Informationen sowie deren Rezeption zur Schlüsselkompetenz geworden, um Medien als selbstständig Handelnde zu nutzen. Digitale Mündigkeit ist daher für uns ein altersunabhängiges gesellschaftliches Entwicklungsfeld, das auf lebenslangem Lernen beruht.

Die Schule ist der Ort, an dem junge Menschen einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Sie ist ein Ort, der den Anspruch erhebt, Schüler*innen anhand von zeitgemäßen Methoden und Materialien auf ein verantwortliches und selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft vorzubereiten. Digitale Techniken und Praktiken und ihre kritische Reflexion müssen fester Bestandteil von formalen und nonformalen Bildungswelten sein. Es ist begrüßenswert, dass die Landesregierung in "Der Thüringenplan. Für eine gute Zukunft unserer Schulen" ein Maß-nahmenpaket "für die weitere Digitalisierung der Schulen" plant (S. 49) und im Haushaltsplan 2020 für den

"Digitalpakt" Schule 27 Millionen Euro für staatliche Schulen sowie 10 Millionen Euro für Schulen in freier Trägerschaft veranschlagen will. Aber auch bis dahin ist bereits vieles zu tun. Das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport ist jedoch gefordert, <u>sofort</u> damit zu beginnen.

Wir fordern:

die strukturelle Verankerung digitaler Medien im Schulunterricht sowie in den Lehrplänen des Freistaats Thüringen. Lehrende benötigen eine Rechtssicherheit, welche
Lernmaterialien in digitaler Form sie im Unterricht uneingeschränkt einsetzen dürfen
und welche nicht.

freie digitale Bildungsmaterialien, eLearning-Angebote, offene Lizenzen, die flächendeckende Versorgung aller Schulen und Bildungseinrichtungen mit schnellem und
freien Internet und die Nutzung digitaler Geräte sowie der kompetente Umgang mit
diesen.

die Anpassung der Thüringer Lehr- und Bildungspläne an die veränderten fachlichen Anforderungen, die durch die Arbeit mit digitalen Medien notwendig werden. Die Entwicklung und das Erwerben der erforderlichen Kompetenzen für ein Leben in einer digitalen Welt gehen über rein informatische Grundkenntnisse weit hinaus und betreffen alle Unterrichtsfächer. Sie können daher keinem isolierten Unterrichtsfach zugeordnet werden.

eine mediale Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen, die deren Medienkompetenz bereits im Studium, aber auch in der weiteren Arbeit f\u00f6rdert. Das Ziel dabei muss sein, dass sie in der Lage sind, Medien im Unterricht gezielt und ausgew\u00e4hlt einsetzen. Sie m\u00fcssen diese bedienen und bei auftretenden Problemen richtig handeln k\u00f6nnen. F\u00fcr entsprechende Weiterbildungsma\u00dfnahmen sind Lehrer*innen freizustellen.

die Vermittlung von Medienkompetenzen an die Schüler*innen im Schulunterricht, inklusive des Wissens über die Funktionsweise, Potenziale und Gefahren digitaler Medien, sowie der Fähigkeit, sie kritisch zu betrachten und sinnstiftend zu nutzen. Dies muss Bestandteil des Lehrplans sein, um die Schüler*innen zu reflektierenden, aktiv handelnden, kompetenten Nutzern digitaler Medien zu befähigen.

interaktive Lern- und Lehrkonzepte, die junge Menschen zu gesellschaftlicher Teilhabe befähigen. Zur Digitalen Mündigkeit gehört es, zu lernen, sich in Medien zu bewegen und zu verstehen, wie unsere "digitale Welt" funktioniert. Die Jugendverbände sind dabei ein wichtiger Partner und Orte außerschulischer Jugendbildung.

2. Technische Ausstattung von Schulen

Eine technische Grundausstattung sowohl der Schulen als auch der Schüler*innen ist Ausgangspunkt und Voraussetzung allen digitalen Lehrens und Lernens. Hierzu zählt die Bereithaltung einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur zur Nutzung digitaler Endgeräte. Auf diesem Gebiet gibt es in Thüringen noch viel zu tun. Zum einen bestimmt vielfach die Finanzsituation der Schulträger die Qualität der Ausstattung der Schulen. Zum anderen bestehen im ländlichen Raum und in kleineren Kommunen Defizite bei der Breitbandanbindung. Es gibt in Thüringen immer noch Orte, wo man nur sehr eingeschränkt telefonieren oder im Internet arbeiten kann. Außerdem haben nicht alle Schüler*innen entsprechende Enggeräte zur Verfügung. Wie sollen sie so z.B. ihre Hausaufgaben erledigen?

Wir fordern:

- mehr Anstrengungen von der Thüringer Landesregierung als bisher für eine Anbindung aller Schulen in Thüringen an die Breitbandinfrastruktur. Die Schulen benötigen vor allem hohe Übertragungsraten, da eine Vielzahl von Schüler*innen gleichzeitig auf das Internet und entsprechende Inhalte zugreifen; große Daten-volumina (Filme, Videos etc.) downloaden sowie Arbeits- und Kommunikations-plattformen nutzen. Die Verfügbarkeit entsprechender Anschlussmöglichkeiten ist ein wichtiger Standortfaktor für die lokale und regionale Entwicklung insgesamt. Neben den Anschlusskosten sind dauerhaft zu tragende Betriebskosten ein wichtiger Kostenfaktor.
- eine kostenfreie oder wenigstens vergünstigte Bereitstellung als auch den Zugang per WLAN ("Wireless Local Area Network") in das schulische Netz, um im Unterricht mit mobilen Endgeräten arbeiten zu können. Eine professionelle WLAN-Ausleuchtung der Gebäude sollte die Grundlage für die Planung der WLAN-Infrastruktur bilden. Fest installierte Access-Points müssen zentral administriert werden können. Der Zugriff auf das Funknetz der Schule sollte durch zeitgemäße Verschlüsselung abgesichert und nur autorisierten Personen möglich sein. Die Zugriffe müssen protokolliert, der Datenschutz aber eingehalten werden.
- eine Ausstattung der Thüringer Schulen mit einer zeitgemäßen Präsentationstechnik. Im Zusammenspiel mit Lern- und Kommunikationsplattformen, Mediathe-ken und im Unterricht genutzten mobilen Endgeräten stellt diese Präsentations-technik ein Bindeglied dar, das einen durchgehenden Einbezug digitaler Medien in den Unterricht ohne Medienbrüche ermöglicht. Auch unter dem Gesichtspunkt der Inklusion erleichtert eine zeitgemäße Präsentationstechnik die Anpassung an die individuellen Voraussetzungen der einzelnen Schüler*innen. Alle Lehrer*innen und Schüler*innen sollten jederzeit entsprechend dem schulischen Medienkonzept ein eigenes vernetztes multifunktionales mobiles Endgerät über einen gesicherten Zugang in der Schule nutzen können.

- Der notwendige medientechnische Support erfordert das Zusammenwirken unterschiedlicher Akteur*innen in der Schule: In jedem Fall sind Ansprechpartner*innen vor Ort erforderlich, die auf der Grundlage definierter Aufgabenbeschreibungen zum Beispiel eine qualifizierte Fehlermeldung abgeben und einfache technische Maßnahmen selbst durchführen können.
- eine Sensibilisierung von Lehrer*innen und Schulleitungen für sozialen Ein- und Ausschluss durch die Verfügbarkeit digitaler Technologien. Fehlender Zugang zu digitalen Technologien oder fehlende Vertrautheit im Umgang damit dürfen nicht zur Benachteiligung von Schüler*innen und Eltern führen.

3. Datenschutz

Klassischer Datenschutz setzt auf Datensparsamkeit und Datenvermeidung. Das führt zu Zielkonflikten, wenn Kommunikation selbstverständlich über Onlinedienste stattfindet und dadurch profitiert, dass möglichst viele Menschen möglichst einfach erreichbar sind. Für junge Menschen bedeutet Datenschutz vor allem, kommunikative Freiräume zu haben. Unmittelbarer spürbarer als die Überwachung durch den Staat und die kommerzielle Datenverarbeitung durch Unternehmen ist die Kontrolle durch Eltern, Lehrer*innen und andere Erwachsene.

Wir fordern:

Regulierung muss bei den Anbieter*innen von Diensten im Internet ansetzen, ohne die Nutzer*innen zu kriminalisieren. Der kategorische Ausschluss bestimmter verbreiteter Dienste, wie sie oft von Datenschützer*innen betrieben wird, ist daher nicht zielführend. Für die Kommunikation mit jungen Menschen, z. B. im Rahmen der Jugendarbeit, muss es rechtssicher möglich sein, die Kanäle zu verwenden, die junge Menschen auch tatsächlich nutzen.

4. Urheberrecht

Die Kommunikation von jungen Menschen ist visuell, popkulturell und kreativ: Memes werden geteilt, verändert und erfunden, Fotos und Videos werden mit Filtern, Emojis und Texten bearbeitet und in neue Kontexte gestellt, Song- und andere Texte zitiert und variiert. Oft findet solche Kommunikation auch öffentlich oder in größeren Gruppen online statt. Damit greift das Urheberrecht, das immer noch im Kern ein Rechtsgebiet ist, das hauptsächlich professionelle Beziehungen zwischen Urheber*innen und Verwerter*innen regelt.

Wir fordern:

eine jugendgemäße Weiterentwicklung des Urheberrechts mit dem Ziel, dass Kreativität und Kommunikation in zeitgemäßen Ausdrucksformen legal sind und in einen gerechten Ausgleich mit den Interessen von Urheber*innen gebracht werden.

5. Arbeit 4.0

Fast die Hälfte der heutigen Grundschüler*innen wird später einen Beruf ausüben, den es heute noch gar nicht gibt. Stärker automatisiertes, räumlich und zeitlich flexibles Arbeiten und viele neue Berufsbilder bestimmen das Arbeitsleben 4.0, das vielerorts längst begonnen hat. Durch die Effizienzbestrebungen besteht allerdings die Gefahr, dass an- und ungelernte Arbeitskräfte auf der Strecke bleiben und der Wohlstand weiter ungleich verteilt bleibt.

Wir fordern:

- eine politische Ausrichtung, die die technische Entwicklung auch für das Gemeinwohl nutzt. Arbeitgeber*innen sind in der Verantwortung, ihre Belegschaft in den Übergang und die zunehmenden Automatisierungsprozesse im Betrieb einzubinden. Menschen, deren gegenwärtige Berufe durch technische Fortschritte umgestaltet oder sogar wegrationalisiert werden, benötigen eine Perspektive in der Arbeitswelt.
- dass hinsichtlich der Flexibilisierung der Arbeitszeit, des Arbeitsortes und der Gestaltung von Arbeit insgesamt Politik, Tarifparteien, Betriebsräte, Personalräte, Jugendund Auszubildendenvertretungen einen wirksamen Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Selbst- und Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleisten müssen. Dabei gilt es, die Sichtweisen junger Menschen einzubinden, deren Arbeitsleben noch zu einem großen Teil vor ihnen liegt und sie daher ein besonderes Interesse an einer nachhaltigen, gemeinwohlorientierten und individuellen Gestaltung der Arbeitspolitik haben.
- dass ein internationales Denken und Handeln bereits in der Berufsausbildung Standard sein muss. Durch die digitale Vernetzung und die globalisierte Arbeitswelt werden Arbeitsprozesse zunehmend in weltweiter Kooperation ausgeführt. Daher ist Fachwissen über internationale Rahmenbedingungen im Arbeitsalltag erforderlich. Interkulturelle Kompetenzen und Fremdsprachenkenntnisse bilden die Grundlage für erfolgreiche Arbeit in internationalen Kontexten.
- Die duale Ausbildung ist ein Erfolgsmodell, um junge Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren und Jugendarbeitslosigkeit zu mindern. Dieses System muss erhalten und die zukünftigen Auszubildenden dürfen nicht zu Schmalspur-Beschäftigten werden. Deshalb lehnen wir die Modularisierung und die Ausweitung von verkürzten Berufsausbildungen ab.

6. E-Gouvernement

Zwei wesentliche Zielstellungen von E-Gouvernement sind:

294295

293

effiziente Abwicklung von Verwaltungsabläufen mittels moderner Informationstechnik
 und medienbruchfreier elektronischer Zusammenarbeit von Behörden zum Zwecke
 der Verwaltungsmodernisierung.

299

300

301

vollständige elektronische Abwicklung von Anliegen der Bürger*innen und Unternehmer*innen über moderne Kommunikationswege, ohne dass diejenigen, die IT nicht nutzen können oder wollen, ausgeschlossen werden.

302303304

Wir fordern:

305306

307

308

 die schnellstmögliche Umsetzung des Thüringer E-Gouvernement-Gesetzes vom 27.04.2018 durch die Thüringer Landesregierung; insbesondere den ständigen Ausbau der Angebote an elektronischen Verwaltungsleistungen sowie die Unterstützung der Kommunen bei dieser Aufgabe.

309 310 311

verwendete Literatur:

316

- Beschluss BDKJ-Hauptversammlung 2018: Teilhabe, Lebenswelt und Digitale M\u00fcndigkeit unsere digitalpolitischen Grundhaltungen.
- Der Thüringenplan. Für eine gute Zukunft unserer Schulen, Hrsg. TMBJS, Erfurt 2018.
- Digitale Lebenswelten, Beschluss der BDKJ Diözesanversammlung Erfurt 2018
- 317 Bildung in der digitalen Welt- Strategie der Kultusministerkonferenz, Hrsg. Sekretariat der Kultusministerkonferenz, 318 Berlin 2016